

Drogen – Koma-Saufen ist weiter ein Problem

Konsum von Tabak nimmt ab

BERLIN. Trotz einer Trendwende zu weniger Drogen berauschen sich noch immer hundertausende Jugendliche beim Koma-Saufen. Das ergab eine Studie, die die Bundesdrogenbeauftragte Sabine Bätzing (SPD) am Freitag in Berlin vorstellte. »Der Konsum von Tabak, von Alkohol und Cannabis unter den 12- bis 15-Jährigen nimmt ab in Deutschland«, sagte Bätzing. »Was uns Sorge macht, ist allerdings nach wie vor der problematische Alkoholkonsum, das heißt das exzessive Rauschtrinken.« Der Raucheranteil unter Jugendlichen sank auf den niedrigsten Stand seit 1979, das Haschischrauchen geht erstmals seit 2004 zurück.

Jungen trinken mehr

Rund 415 000 Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren trinken laut der Studie so viel Alkohol, dass es gesundheitlich »äußerst bedenklich« ist. Jeder fünfte Jugendliche gab an, im Monat zuvor Kampfrinken praktiziert zu haben. Der Anteil ging zwar von einem Viertel im vergangenen Jahr auf ein Fünftel zurück, lag aber vor drei Jahren schon bei unter 20 Prozent. Dabei trinken Jungen deutlich mehr als Mädchen, und Hauptschüler mehr als Gymnasiasten.

Bätzing will Anfang 2009 einen Aktionsplan gegen Alkohol vorlegen. Sie lehnt Verbote ab, macht sich aber für die umstrittene Einrichtung junger Testkäufer stark. Bätzing wandte sich gegen Werbung für Jugendliche.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung befragte für die Studie im Februar und März rund 3 000 Jugendliche und junge Erwachsene. Alkohol ist bei Jugendlichen die am weitesten verbreitete Droge. (dpa)

www.drogenbeauftragte.de

Soziales – Jedes siebte Kind wird zur Arbeit gezwungen

Unicef ächtet Kinderarbeit

KÖLN. Der Kampf gegen Kinderarbeit und Ausbeutung steht in diesem Jahr im Mittelpunkt der traditionellen Unicef-Weihnachtsaktion. Weltweit müsse Schätzungen zufolge fast jedes siebte Kind im Alter zwischen fünf und 14 Jahren arbeiten, teilte das Kinderhilfswerk am Freitag mit – insgesamt etwa 158 Millionen Mädchen und Jungen. Rund 8,4 Millionen Kinder würden unter extremen Bedingungen wie Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft oder in der Prostitution ausgebeutet.

»Millionen Kinder müssen unter gefährlichen oder gesundheitsschädlichen Bedingungen arbeiten, weil sie und ihre Familien sonst nicht überleben können«, sagte Unicef-Schirmherrin Eva Luise Köhler. »Wir alle können etwas tun, um diese Ausbeutung zu beenden.« Mit den Spenden-Erlösen aus der Aktion will



Unicef-Repräsentantin Eva Padberg will dazu beitragen, die Ausbeutung von Kindern zu beenden. Dazu soll auch die Auswahl von Kleidern hinterfragt werden. FOTO: DPA

Unicef arbeitende Kinder in Indien, Burkina Faso, Ecuador und auf den Philippinen unterstützen. Partner des Kinderhilfswerks ist die Siegelorganisation Trans-Fair, die den fairen Handel mit Entwicklungsländern fördert.

Topmodel und Unicef-Repräsentantin Eva Padberg erklärte, Kleider sollten zwar gut aussehen: »Wir sollten sie aber auch mit gutem Gewissen tragen können«, fügte sie hinzu: »Wir als Kunden sollten im Geschäft nachfragen: »Wer zahlt vielleicht einen hohen Preis für unser Schnäppchen?«« (dpa)

INTERVIEW Junge-Liberale-Chef Johannes Vogel plädiert für Vorwahlen in Deutschland nach dem US-Vorbild

»Glaube an die Klugheit der Wähler«

REUTLINGEN. Er hat während seines Wahlkampfes die ganze Welt fasziniert: Der zukünftige US-Präsident Barack Obama ist »eine Ausnahmebegabung«, findet Johannes Vogel, Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen. Dass es ein anfänglicher Außenseiter wie Obama aber überhaupt schaffte, sich zum Präsidentschaftskandidaten aufstellen zu lassen, schreibt Vogel dem Vorwahl-System zu, mit dem er sich in seiner Magister-Arbeit auseinandersetzte. Er fordert im Gespräch mit GEA-Redaktionsmitglied Barbara Forro: »Vorwahlen könnte man auch in Deutschland anstreben.«

GEA: Die US-Vorwahlen haben Sie hautnah miterlebt. Wie haben Sie sich gefühlt, als Barack Obama zum neuen Präsidenten gewählt wurde?

Johannes Vogel: Ich habe mich sehr gefreut. Einerseits, weil das Programm von Barack Obama das Richtige für Amerika ist, aber vor allem auch, weil es auch das Richtige für die Welt ist. Ich hoffe, dass von Obama viele Impulse ausgehen, für die USA und auch für die Weltpolitik.

Der Wahlkampf lebte auch von einer weltweiten Begeisterung für Obama. Können wir von dieser Begeisterung etwas »hinüberretten«? Wäre ein solcher Wahlkampf bei uns möglich?

Vogel: Ich denke, Barack Obama ist eine Ausnahmebegabung – ein unglaublich inspirierender Politiker. So jemanden findet man – wenn überhaupt – nur einmal in jeder Politiker-Generation. Aber wir können uns handwerklich sicherlich etwas abschauen. Beeindruckend war ja auch, dass junge Leute in ungeahntem Ausmaß zur Wahl gegangen sind, sich für Politik interessiert haben. Das hat natürlich viel mit Ausstrahlungskraft zu tun, aber sicherlich auch mit dem Instrument zur Ansprache junger Leute, besonders über das Internet. Für den Bundestagswahlkampf haben wir Julis uns diesbezüglich viel vorgenommen.

»Farbigere, buntere Charaktere können sich so durchsetzen«

Sie haben Anfang dieses Jahres geschrieben, dass wir Deutschen von den Vorwahlen lernen könnten, denn diese brächten mehr Demokratie. Sollen also die Vorwahlen nach dem amerikanischen Prinzip in die deutsche Politik eingebaut werden?

Vogel: Ich persönlich finde, dies wäre ein gutes Instrument, um mehr demokratische Teilhabe zu gewährleisten. Die Personalauswahl würde nicht mehr in den Händen einiger weniger Parteifunktionäre oder Parteimitglieder liegen. Zugleich gäbe es mehr Chancen für Außenseiter. Damit wäre nicht mehr die Vernetzung in der Partei ein Kriterium, sondern stärker die Attraktivität des Kandidaten und seiner Botschaft beim Wähler. Farbigere, buntere Charaktere haben die Möglichkeit, sich durchzusetzen, wenn ihre Botschaft für den Wähler attraktiv



Durch Vorwahlen ließe sich mehr demokratische Teilhabe erreichen, findet Juli-Chef Johannes Vogel.

ARCHIVFOTO: NIETHAMMER

ist. Das ist doch das entscheidende Kriterium in einer Demokratie und das könnte man auch in Deutschland anstreben. Eins zu eins könnte man die amerikanischen Vorwahlen nicht übernehmen, weil sich die politischen Systeme zu sehr unterscheiden. Aber im Kern halte ich diesen Vorschlag für diskussionswürdig.

Und worin sehen Sie die größten Nachteile der Vorwahlen?

Vogel: Ein Nachteil wäre, dass Vorwahlen die Parteimitgliedschaft entwerthen würden. Das Exklusiv-Recht, als Parteimitglied über die Kandidaten zu entscheiden, entfielen. Andererseits: Viele Menschen haben gar nicht die Zeit oder die Möglichkeit, sich über Jahre in ihrem Ort politisch zu engagieren, auch aufgrund von höheren Mobilitätsanforderungen. Die Mitgliederzahlen der Parteien sinken auch deshalb. Nebenbei bemerkt: Es gibt schon Modelle einer »Mitgliedschaft light«, wie Schnupper- oder Gastmitgliedschaften. Da verliert dieses »Exklusiv«-Argument sicherlich an Kraft.

Würde Quereinsteigern nicht das politische Netzwerk fehlen, um sich auf Dauer auf ihrer Position halten zu können?

Vogel: Natürlich müssen sich die Kandidaten in den Parteien durchsetzen. Quereinsteiger ist ja nicht mit Unerfahrenheit gleichzusetzen, sondern das heißt nur, dass der- oder diejenige nicht die ganze Parteikarriere durchlaufen musste. Die Wähler schauen sich außerdem ganz genau an, wenn sie ihr Vertrauen schenken. Ich glaube an die Selbstheilungskraft der Demokratie und die Klugheit der Wähler.

Wie könnte ein solches Vorwahl-Modell aussehen?

Vogel: Man könnte den Parteien Regula-

tionsmechanismen überlassen und den Wählern gleichzeitig Einfluss gewähren. Beispiel: Es könnte Vorwahlen für Spitzenkandidaturen und Wahlkreisandidaten geben, die Parteien könnten aber die Aufstellung der Landeslisten behalten. Dies wäre ein Mix aus klassischer Parteistruktur und Wählerentscheidungen – man müsste es natürlich gut ausbalancieren.

»Rechenschaft darüber ablegen, wer wie viel gespendet hat«

Es blieben die gewaltigen Kosten. Der Wahlkampf in den USA hat annähernd eine Milliarde Dollar gekostet. Wo sollen die Spenden herkommen?

Vogel: Das Wahlsystem würde natürlich teurer werden. Über staatliche Finanzierungen wird das nicht möglich sein, die Kandidaten müssten das Geld selbst aufbringen, etwa über Spenden. Die grundsätzliche Frage wäre ja, ob es schlecht ist, wenn ein Wahlkampf so finanziert wird. Ich finde, es gibt viele Arten von demokratischem Engagement: Einige wählen nur, andere engagieren sich als Wahlhelfer, die dritten spenden Geld für »ihren« Kandidaten. Auch das ist Teil eines demokratischen Engagements. Wenn wir dafür mehr demokratische Partizipation und eine bessere Personalauswahl bekommen, wäre es das wert.

Würde damit nicht auch die Grenze zur Bestechlichkeit, zur Käuflichkeit der Kandidaten verwischen?

Vogel: Da müssen wir das Sicherungsinstrument einsetzen, das wir immer bei politischen Spenden verwenden: näm-

lich Transparenz. Für den Wähler ist es dann in Ordnung, wenn die Parteien und die Kandidaten Rechenschaft darüber ablegen, wer ihnen wie viel gespendet hat – gerne bis ins kleinste Detail. Dann kann der Wähler selbst kontrollieren, ob der Politiker seine Positionen nach seinem Geldgeber ausrichtet oder nicht.

Sie treten bei der nächsten Bundestagswahl selbst als Kandidat an.

Angenommen, wir hätten bis dahin schon Vorwahlen – wie würden Sie die Wähler für sich gewinnen?

Vogel: Ich würde erstens genau die Botschaft haben, die in meinen Augen bei der nächsten Wahl die entscheidende ist. Nämlich: Wie schaffen wir mehr wirtschaftliche Perspektiven, wie beenden wir die Einschränkungen der Bürgerrechte, wie bewahren wir unsere freie Gesellschaft. Ich würde das Internet nutzen, um junge Wähler anzusprechen. Und ich würde mir viel Zeit nehmen, um Haustürgewinnung zu machen und zu versuchen, die Wähler ganz persönlich zu überzeugen. Wenn ich die Vorwahlen dennoch nicht gewinnen würde, hätte ich es auch nicht verdient, Kandidat für meinen Wahlkreis zu sein. (GEA)

ZUR PERSON

Johannes Vogel zog es mit 15 Jahren erst zu den Grünen, ehe er 1998 zu den Jungen Liberalen (Juli) wechselte. Ein Jahr später wurde er Mitglied bei der FDP. Seit 2005 ist er Bundesvorsitzender der Juli. Der 26-Jährige studiert Politikwissenschaft, Geschichte und öffentliches Recht an der Uni Bonn. In seiner Magisterarbeit analysierte er die US-Vorwahlen. Bei der Bundestagswahl 2009 ist er Kandidat im Wahlkreis Märkischer Kreis I/Olpe. (baf)

Klima – Schweizer Bürgerinitiative macht leistungsstarke Autos mit hohen Emissionswerten als Klimasünder aus

Umweltschützer wollen Spritfresser verbieten

VON REBECCA HACK

GENÈVE. Dicke Schlitten, Luxus-, Sport- und Geländewagen sind in der Schweiz allgegenwärtig. Das gefällt nicht jedem, wie in anderen Ländern auch. Doch in der Schweiz könnte es den spritfressenden Statussymbolen tatsächlich bald an den Kragen gehen. 123 670 Unterschriften hat eine Initiative von Umweltschützern gesammelt, um per Volksabstimmung den Einsatz solcher Fahrzeuge zu verbieten oder einzuschränken. »Wir rechnen mit der erfolgreichen Durchsetzung unseres Vorschlags für ein Zulassungsverbot von besonders umweltschädlichen Neuwagen in der Schweiz«, sagt Marion Girod, Mitglied des Komitees der »Initiative für menschenfreundlichere Fahrzeuge«. Stimmt eine Mehrheit dafür, wäre dies das Schweizer Aus für den sichtbaren Luxus auf vier Rädern.

Die Bürgerinitiative, die der Jugend-



Große Autos stehen auf der roten Liste einer Bürgerinitiative. FOTO: DPA

organisation der Grünen in der Schweiz nahesteht, ist im September dieses Jahres entstanden, nachdem die Unterschriften bei der Regierung eingereicht wurden. Vor zwei Wochen schickte die Gruppe ihre Forderung an die Regierung in Bern, die nun bis August 2009 Zeit hat, eine Empfehlung an die Wahlberechtigten zu erarbeiten. »Falls kein Gegenentwurf eingereicht wird, kommt es

in zwei bis drei Jahren zur Abstimmung«, so Girod. »Aber ein erstes Ziel haben wir schon erreicht: Heute sprechen alle über uns, das Bewusstsein für das Problem ist gewachsen.«

Die Bürgerbewegung fordert von der Schweizer Regierung ein Verbot für die Neuzulassung von Autos, die eine Emissionsgrenze von 250 Gramm pro Kilometer CO₂ und 2,5 Milligramm pro Kilometer Feinstaub überschreiten oder die mit einem Leergewicht von mehr als 2,2 Tonnen sowie einer aggressiven Frontpartie als sicherheitsgefährdend gelten. Ziel der Initiative, die sich abgekürzt auch »Stopp Offroader« nennt, ist der Kampf gegen weitere Klimaerwärmung und der Schutz von Fahrradfahrern, Fußgängern und Kindern.

Als Klimasünder auf vier Rädern würden somit 64 überwiegend leistungsstarke Autos gelten, darunter die SUV genannten Allrad-Wagen, aber auch noble Luxuslimousinen. Und nicht nur die:

Auch kleinere Offroader für das Portemonnaie von Normalverdienern stehen auf der Roten Liste der Initiative. Wagen, die den Bestimmungen nicht entsprechen und vor deren Inkrafttreten angemeldet wurden, dürften nur mit einer Tempobegrenzung auf 100 Stundenkilometern fahren, ebenso im Ausland angemeldete Fahrzeuge.

»Im Verkehrssektor herrscht ein großer Mangel an fortschrittlichen Maßnahmen«, beklagt Marion Girod. Im internationalen Vergleich verfüge die Schweiz über die klimaschädlichste Neuwagenflotte in ganz Europa. »Diese Personewagen stoßen ein Drittel aller Emissionen der Schweiz aus«, meint Girod. Das Kritiker, wie die Vereinigung der Schweizer Automobil-Importeure der Initiative Neid als Handlungsmotiv vorwerfen, weist Girod zurück: »Viele von uns könnten sich einen Offroader leisten, aber sie wollen nicht – der Umwelt zuliebe.« (dpa)